

Mittelsächsische LinksWorte

19. Juni 2013

Nr. 70

7. Jahrgang



Ein Blick über die Dächer der Innenstadt von Döbeln, mit fast 22.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt unseres Landkreises. Markant heben sich links der Rathhausturm und rechts der Turm der spätgotischen Stadtkirche St. Nikolai, deren historischer Ursprung bis in das Jahr 1333 reicht, heraus. Döbeln erhielt wegen des größten historischen Riesenstiefels der Welt die Bezeichnung „Stiefelstadt“. Der Riesenstiefel mit einer Höhe von rund 4,60 Metern wurde im Jahr 1925 von Döbelner Schuhmachern zum 600-jährigen Jubiläum ihrer Innung angefertigt.

In den vergangenen Tagen versank die historische Innenstadt von Döbeln - gelegen auf einer Insel zwischen den beiden Flussarmen der Freiberger Mulde - erneut im Hochwasser. Mehr als 30 Hektar standen unter Wasser. Der Schaden war geringer als vor 11 Jahren. Alle 54 Städte und Gemeinden des Landkreises Mittelsachsen waren vom Hochwasser betroffen.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

1. Im Mittelpunkt:

Wessen Schulden bremst die Schuldenbremse eigentlich?

2. LINKSfraktion aktuell:

Die Sicht der Linksfraktion im Kreistag auf fünf Jahre Landkreis Mittelsachsen

3. Im Rückblick auf den Faschismus:

KZ Sachsenburg ruft 80 Jahre nach dem ersten Lagerappell zum Dialog

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & occupy freiberg
- 4 **titelthema 1: wessen schulden bremst die schuldenbremse?**
- 5 aktuelles aus der linkspartei
- 6/7 **titelthema 2: linksfraktion im kreis- tag und fünf jahre landkreis**
- 8 **titelthema 3: kz sachsenburg und sachsenburger dialog**
- 9 die grundrechte der frauen teil -3-
- 10 unsere serie: episoden aus der mittel- sächsischen geschichte heute: burg rechenberg
- 11 kreisvorstand aktuell & glückwünsche jahrestage juli 2013
- 12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 17. Juli 2013. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 10. Juli. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und die Zustellung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände zu spenden.
Spendenempfehlung: 1,00 Euro pro Ausgabe. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften mit Polemik und kritischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
 Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Marco Hinkel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
 Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ stehen unter www.links-worte-mittelsachsen.de im Internet. Dort ist auch ein Archiv der bisherigen Ausgaben seit 2007 verfügbar.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

als diese Zeilen geschrieben wurden, stand der Bundesparteitag der LINKEN in Dresden unmittelbar vor der Tür. Wenn unsere Leserinnen und Leser diese Zeitung in der Hand halten, ist er bereits Geschichte. Mit diesem Parteitag biegt DIE LINKE - sinnbildlich gesprochen - in die Zielgerade zur Bundestagswahl am 22. September ein. Über 1.100 Anträge zum Wahlprogramm sind beim Parteivorstand eingegangen. Mit fast allen hat sich der Parteivorstand intensiv beschäftigt, mit dem Ziel, eine breite Zustimmung vom Parteitag zum Wahlprogramm zu erhalten. der gesamte Zeitplan des Parteitags wurde nochmals überarbeitet. Die Woche nach dem Parteitag will DIE LINKE zur Aktionswoche unter dem Motto „100 Prozent sozial - 100 Prozent vor Ort“ machen. Auch die mittelsächsische LINKE will mit Aktionen vor Ort dabei sein. Wir werden in unserer Juli-Ausgabe darüber berichten.

Im Landesverband Sachsen der LINKEN geht die Diskussion um die vorgesehenen Verfassungsänderungen mit dem „Knackpunkt“ der so genannten Schuldenbremse weiter. Wir bringen heute dazu einen redaktionellen Artikel unseres Redaktionsmitglieds Michael Matthes und einen Beitrag des Landesvorsitzenden Rico Gebhardt, wie es mit der Diskussion im Landesverband weitergehen soll. Am 1. August wird der Landkreis Mittelsachsen fünf Jahre alt. Die „LinksWorte“ haben die Arbeit der Kreistagsfraktion der LINKEN in diesen Jahren - vor allem durch die sachkundigen Beiträge unseres Redaktionsmitgliedes Sabine Lauterbach - ständig begleitet. Fast alle Mitglieder der Fraktion sind in unserer Zeitung zu Wort gekommen. Die heutigen beiden „Fraktionsseiten“ widmen wir einem kritischen Blick auf das fünfjährige Jubiläum des Landkreises aus der Feder von Sabine Lauterbach und der Fraktionsmitglieder Peter Krause, Harald Pötzsch, Johannes Kretzer, Dieter Kunath und Volkmar Richter.

Unser drittes Titelthema ist dem Engagement der „Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg“ sowie Genossinnen und Genossen aus Chemnitz und Frankenberg bei der Aufarbeitung der Geschichte des Konzentrationslagers Sachsenburg gewidmet. Vom 31. Mai bis zum 2. Juni fand der 4. Sachsenburger Dialog statt, im Rathaus von Frankenberg ist eine interessante Ausstellung zu sehen. Unsere mehr als zweijährige Serie zur Besiedlungsgeschichte Mittelsachsens wird mit unserer Juli-Ausgabe abgeschlossen. Im August beginnen wir mit einer neuen Serie unter dem Motto „Was ist aus geworden?“. Mit mittelsächsischen Einrichtungen aus Industrie, Landwirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen. Dazu mehr - wie gesagt - ab August. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - wie immer - viel Spaß bei der Lektüre.

150 jahre allgemeiner deutscher arbeiterverein - hat die spd alleinvertretungsanspruch?

von unserem Redaktionsmitglied Ruth Fritzsche

Am 23. Mai 2013 feierte die SPD mit großem Pomp den 150. Gründungstag des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der von Siegmund Gabriel als Gründungstag der SPD gesehen wird und dieses Datum zum Anlass nahm, den Alleinvertretungsanspruch zu erheben. Der bevorstehende Wahlkampf war für die Oberen der SPD natürlich ein gefundenes Fressen, sich als die wahren Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung darzustellen. Aber auch wir als LINKE basieren berechtigt auf dieser Tradition. Unsere Bundesvorsitzende Katja Kipping die sich deshalb ihre Teilnahme in Leipzig nicht entgehen ließ, hielt es für angebracht, ein Poster von Wilhelm Liebknecht, einem der Gründungsväter der SPD, versehen mit dem Zitat „im Krieg schweigt die Vernunft und die Humanität verhüllt ihr Haupt“ mitzunehmen. Dieser Anspruch war Teil seiner Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongress 1891 in Brüssel.

Zur Bewilligung der Kriegskredite im August und Dezember 1914 durch die SPD, als Wilhelm Liebknecht und August Bebel nicht mehr lebten und dem unter der rot-grünen Regierung 1999 erstmals nach 1945 wieder geführten Krieg gegen Serbien passte das für mich wie die Faust aufs Auge. Ganz persönlich hat mich diese so genannte Festveranstaltung nicht interessiert. Ich habe tags darauf die Ausführungen dazu im ND gelesen und was da in der Berichterstattung zum Ausdruck kam und die dazu veröffentlichten Bilder haben mir gereicht. Da jubeln die Teilnehmer dieser Veranstaltung, wenn der Herr Bundespräsident Gauck in seiner Rede die SPD dafür lobt, dass die Sozialdemokraten „auf Reform statt auf Revolution“ gesetzt haben. „Wir wissen den reformerischen Ansatz der SPD zu würdigen“. Haben diese jubelnden Teilnehmer wirklich so wenige Geschichtskennntnisse, dass sie nicht mehr wissen, dass die SPD einmal eine revolutionäre Partei war, die z.B. Bismarcks Sozialistengesetz bezwungen hat.

Wenn z.B. Katja Kipping darüber aufgebracht ist, dass Gabriel die Ablehnung des Nazi-Ermächtigungsgesetzes durch den Sozialdemokraten Wels im Deutschen Reichstag 1933 zurecht würdigt, dabei aber unterschlägt, dass die Mandate der gewählten 83 kommunistischen Abgeordneten kassiert wurden und sie demzufolge gar nicht anwesend sein durften, so ist das wie auch die Behauptung, nur die Sozialdemokraten haben Widerstand gegen die Nazis geleistet und sind dafür ins KZ gekommen, auch für mich eine ganz gemeine Geschichtslüge. Es ist nachgewiesen, dass die Kommunisten den größten Blutzoll gegen die Nazi Herrschaft erbracht haben. In einem Beitrag im „Freitag“ heißt es: 150 Jahre Sozialdemokratie: Wenn es sie nicht gäbe müsste man sie erfinden. Aber der Mut zur Veränderung ist ihr unterwegs verloren gegangen. Das ist auch meine Meinung.

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
meinungsbeitrag**

Man könnte schon fast Mitleid haben mit den ärmlichen Geistern, die den DDR-Geborenen immer wieder einreden wollen, sie hätten sich schuldig gemacht, weil sie sich nicht gegen die Diktatur aufgelehnt wie diese Helden, die es eben getan haben. Stattdessen machten wir, die Schuldigen, die Rote-Socken-Schmähungen des inzwischen in der Bedeutungslosigkeit verschwundenen Pfarrers Peter Hinze schmunzelnd zu einer Ehrenbezeichnung. Nun haben sie, die Helden, wieder ein Thema ausgeschwitzt, das wieder nicht so recht in Fahrt kommen will. Der SPIEGEL berichtet, die DDR habe seine Bürger zu Versuchskaninchen westlicher Pharmakonzerne gemacht und die SED habe dafür kassiert. Da müsste doch nun dem Letzten einleuchten, was die „So-wjetzone“ für ein Unrechtsstaat gewesen sei. Aber irgendwie ticken sie in westlichen Redaktionsstuben nicht richtig. Jede Nachfrage vor Ort hätte ergeben, man treibt abermals eine hohle Sau durchs Dorf.

Unzweifelhaft die Motivation der Pharmakonzerne. Für weniger Geld bekam man im Osten hochqualifizierte Mediziner mit internationalem Ruf. Unzweifelhaft auch das Interesse der DDR-Oberen. Für ein paar Westmark tat man Alles. Aber dann wird es DDR-iger. Vorausschicken muss man, dass der letzte Schritt vor der Zulassung eines Medikaments der klinische Test ist, also der Einsatz in einer Klinik am Patienten unter ärztlicher Kontrolle. Das ist überall so. Nun darf man überzeugt sein, dass den ostdeutschen Ärzten wegen Embargo und Devisenknappheit nicht immer Medikamente vom internationalen Markt zur Verfügung standen und dass dieses (Versuchs-) Material demzufolge einen Ehrenplatz im Medikamentenschrank bekommen hat. Und man darf annehmen, dass damit sorgsam umgegangen wurde und die klinischen Ergebnisse von hohem Aussagewert waren. Als Patient musste man auch nicht überzeugt werden, diese Medikamente verabreicht zu bekommen, auch dann nicht, wenn der Arzt einem sagte, dass sie noch nicht freigegeben seien. Aber es war eben neu, und man glaubte zugebenermaßen auch daran, es hilft besser, wenn es aus dem Westen kommt. Das bezeuge ich aus eigener Erfahrung. Und so herrscht allgemeine Zufriedenheit, heute noch. (mm)

occupy freiberg - ein rück- und ausblick

von unserem Redaktionsmitglied Peter Zimmermann

Ein Jahr ist es nun her, als aus IGAL-Freiberg die regionale Occupy-Freiberg Initiative entstand. Und sie waren aktiv, unsere Freiberge Occupy-isten. Die kalte Jahreszeit nutzten sie mit eigenen Veranstaltungen, von der hier nur die Veranstaltungsreihe des „Postkapitalismus“ hervorgehoben werden soll. Ob nun über Themen wie dem bedingungslosen Grundeinkom-

Neben regionalen Aktionen beteiligten sich Occupy-Freiberg auch an überregionalen, wichtigen Events, wie zum Beispiel Blockupy 2013 in Frankfurt.

Wie im letzten Jahr wird es auch dieses Jahr eine „Re(LOVE)ution Stretparty geben. Am 24. August 2013 wird es unter dem Motto „Eine bessere Welt ist möglich“ eine bunte Demo durch Freiberg geben. Wer Lust hat, sich daran zu beteiligen, kann sein Interesse bekunden und



Samstag, 24. August 2013



Bahnhof Freiberg, 14.00 Uhr

men bis hin zur Frage ob eine friedliche Revolution möglich sei, die monatlich stattfindenden öffentlichen Foren waren gut besucht und machen Lust auf mehr. Soll heißen, das auch angedacht ist, ab Oktober/November diese Veranstaltungsreihe weiter zu führen.

sich über die Email Adresse occupy-freiberg@mail.de mit den Initiatoren in Kontakt setzen.

PS: Das aus Occupy-Freiberg auch einige Neugenossen gewonnen werden konnten, ist ein kleiner positiver Nebeneffekt.

sommertour 2013

von Peter Zimmermann

Auch in diesem Jahr wird unsere Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka in ihrem Wahlbezirk eine Sommertour durchführen.

Vom 29.07.2013 - 02.08.2013 wird sie mit mir ausgewählte Betriebe und Einrichtungen besuchen. Geplant ist diesjährig, die einzelnen Tage der Tour unter einem ganz speziellen Motto zu stellen. So ist ein „Tag der erneuerbaren Energien“ vorgesehen, an dem Betriebe oder Einrichtungen besucht werden, die sich mit Wind-, Wasser- oder Solarenergie beschäftigen. Ein weiterer Tag steht unter dem Motto „Tag der Landwirtschaft“. Speziell die Anliegen kleinerer, regionaler Erzeuger von landwirtschaftlichen Produkten stehen auf der Tagesordnung. Aus aktuellem Anlass wird sich auch ein ganzer Tag mit dem Thema Hochwasserschutz, in unserer Region, befassen.

Aktuelle Termine werden zeitnah auf ihrer Webseite veröffentlicht, so das interessierte Genossinnen und Genossen einzelne, regionale Einrichtungen gerne mit besuchen können. Wie auch in den vergangenen Jahren wird es nach der Sommertour einen ausführlichen Bericht in den Links-Worten geben.



Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

Seneca

wessen schulden bremst die schuldenbremse eigentlich?

von unserem Redaktionsmitglied
Michael Matthes

Beim Thema „Schuldenbremse“ geht es einigermaßen hoch her. Das ist jedoch nicht Anliegen dieses Beitrages. Vielmehr geht es darum, darüber zu debattieren, wie man zu Entscheidungen kommt, die innerhalb und vor allen Dingen außerhalb DerLinken verstanden, akzeptiert und mitgetragen werden können.

Zum Grundverständnis DerLinken gehört es, dass gesellschaftspolitische Entscheidungen sachbezogen auf der Grundlage der auf Marx fußenden wissenschaftlichen Erkenntnisse getroffen werden müssen. Betrachtet man die Problematik, abgeleitet aus den Erfahrungen, die zumeist vom „gesunden Menschenverstand“ gestützt werden, gibt es drei Kategorien von Entscheidungen: Zum Einen – der bestehende gesellschaftliche Konflikt, hier die Schuldenmacherei zu Lasten aller Mitglieder der Gesellschaft, wird ganz oder teilweise gelöst, indem der Konflikt oder Teilaspekte davon aus der Welt geschafft werden. Und zwar dauerhaft. In diesem Fall verdient die Konfliktlösung die volle Unterstützung DerLinken und nicht nur verbal, sondern mit voller Tatkraft.

Oder zum Anderen – der bestehende gesellschaftliche Konflikt wird nicht aufgelöst, vielleicht nur hinter wohlthörenden Worten versteckt, so wie das im vorliegenden Fall zu sein scheint, denn der geforderte soziale Ausgleich ist ein Ding, das im Ernstfall sehr schwammig und strittig werden kann. Wie dann ein Verfassungsgericht nach langwierigem Hin und Her entscheidet, steht in den Sternen. In solchen Fällen gibt es nur Eines: DieLinke stemmt sich mit ihrer ganzen Kraft und dem Rückenwind, den sie zweifelsfrei aus der Bevölkerung bekommt, dagegen. Und dann gibt es noch eine dritte Entscheidungsmöglichkeit: Die anderen Partner im Geschäft vertreten Standpunkte, die in irgendeiner Art und Weise eine Diskussion in Gang bringen, die auf die bestehenden gesellschaftlichen Konflikte hinweisen und die die Notwendigkeit einer progressiven Änderung betonen, aber noch keine nachhaltige Konfliktlösung bein-

halten. Dann drückt man sein Wohlwollen aus und begründet, warum man sich der Stimme enthält. Zwischen diesen Möglichkeiten muss man nach gründlicher Analyse wählen und man kann sich gewiss sein, dass dies dann auch verstanden, akzeptiert und mitgetragen werden wird.

Eine Analyse der bestehenden Konfliktsituation, nämlich die Staatsschulden, schränken die Handlungsfähigkeit der Organe des Staates ein (auch wenn das wegen der zur Zeit gegen Null gehenden Anleihezinsen gerade nicht offenbar wird), führt zwangsläufig zu den Ursachen des immensen Schuldenstandes. Die Erscheinungen dieses Prozesses sind allen offensichtlich und geradezu widersinnig. Die Finanzwirtschaft hat sich völlig gelöst von der Realwirtschaft, das heißt vom produzierenden und dienstleistenden Sektor der Wirtschaft, dessen gesellschaftliche Aufgabe es ist, die materiellen Grundlagen der Gesellschaft zu schaffen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt

„Die Finanzwirtschaft hat sich völlig von der Realwirtschaft gelöst, deren Aufgabe es ist, die materiellen Grundlagen der Gesellschaft zu schaffen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.“

zu verdienen. Verständlicher ausgedrückt, die Finanzwirtschaft hat bar jeder Vernunft „Wertpapiere“ kreiert, die die Werthaltigkeit von verfallenen Lottoscheinen haben. Diese haben sie sich dann, vorher von Ratingagenturen mit Bestnoten der Bonität versehen, gegenseitig angedreht. Als der wahre (Nicht-) Wert offenbar wurde, gingen Banken Pleite. Da Banken für die Wirtschaftstätigkeit in der Realwirtschaft unverzichtbar sind, wurde ihnen das verockte Geld durch staatliche Institutionen ersetzt. Und genau darauf konnten sich die Bankbosse bei dieser Regierung verlassen. Der Irrsinn besteht darin, dass der Staat sich dieses Geld von eben dieser Finanzwirtschaft leihen muss. So entstehen die Schulden der Gesellschaft. Die Ursachen für diese Vorgänge hat Karl Marx im „Kapital“ genauestens untersucht und damit Gesetzmäßigkeiten offengelegt, die heute noch uneingeschränkt gelten. Damit

produziert werden kann, bedarf es Voraussetzungen, die von der gesamten Gesellschaft geschaffen wurden und werden. Wirtschaftsprozesse finden nur dort statt, wo eine Verwaltung die Infrastruktur, wie Verkehrs- und Nachrichtennetze, Energieversorgung, Handelsnetze, ein Finanzwesen usw. geschaffen hat und wo eine Bevölkerung, gut gebildet und ausgebildet, die physischen und geistigen Prozesse der Produktion gestaltet. Unser guter Karl nennt dies den gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Nun wäre es folgerichtig, dass dann auch alle Mitglieder der Gesellschaft über die Ergebnisse der Produktion verfügen. Aber dies ist eben nicht so. Auf Grund der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, das heißt der Eigentums- und Verfügungsrechte, werden die Erlöse aus dem Prozess dem Diktat Einzelner unterstellt und der Staat und der Bürger können sich über Steuern und Löhne nur Teile erstreiten. Dabei machen Staat und Bürger immer den zweiten Sieger. Die Schicht der Kapitalisten hat vielfältige Möglichkeiten, ihren Anteil an den Ergebnissen ständig zu ihren Gunsten zu verschieben. Dies ist auch der Hintergrund der „Bankenrettung“. Das Geld der Pleitebanken ist schließlich nicht weg. Es haben sich Leute damit davongemacht. Einzelne Beispiele

machen dies anschaulich. Da gibt es einen der Gründer eines großen deutschen Softwarekonzerns. Dieser heißt so ähnlich wie der Fußballklub Hoffenheim; er ist ein Milliardär und hat dem Vernehmen nach 230 Millionen Euro, über die er eben verfügen kann, in den Aufbau von Mannschaft und Stadion gesteckt. Die Gesellschaft braucht aber nicht den FC Hoffenheim, sondern unter anderem ein moderneres Bildungswesen. Ergo, die Schulden bremst man, wenn man den Kapitalisten Schritt um Schritt die Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Reichtum entzieht. Und dafür gibt es auch praktische Ansätze: Die Existenz der Sparkassen und Volksbanken, die entstehenden Bürgergenossenschaften für die Energieversorgung. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob DieLinke dafür einen Verfassungskonsens mit CDU, FDP, SPD und Grünen erreichen könnte.

„Wir können alles außer hochdeutsch“

von Hans Weiske

Vom 7. bis 9. Juni besuchte uns eine dreiköpfige Delegation aus unserem Partner-Verband Ulm/Alb-Donau (weitere Informationen dazu auf Seite 12-). Ich hatte die Gelegenheit, den Genossen aus dem „Ländle“ Sehenswürdigkeiten unseres Kreises zu zeigen und mit ihnen über Gott und alle Welt (z.B. die Schuldenbremse und den Stuttgarter Hauptbahnhof) ins Gespräch zu kommen. Dabei prallten schwäbischer und sächsischer Dialekt unbarmherzig aufeinander. Einigend wirkte der Vorname „Hans“, auf den drei von vier



Schwaben und Sachsen vereint bei Karl Marx in Chemnitz

Mitgliedern der PKW-Besatzung hörten. Leider war unser Kreisvorsitzender Falk Neubert verhindert, da er sich zur gleichen Zeit als Mitglied der Antragskommission im Berliner Karl-Liebknecht-Haus durch die Antragsflut für den Bundesparteitag kämpfte. Was war besonders auffällig? Der dortige Kreisverband hat nur ca. 70 Mitglieder, ist aber sehr aktions- und kampagnenfähig. Wir waren uns einig, dass es mit dem Dialog über die Partearbeit und das gegenseitige Kennenlernen weitergehen soll. Vielleicht kommt der bayerische Kreisverband Günzburg/Neu-Ulm als Dritter noch mit ins Boot?

verfassungsdebatte in sachsens linker: kreisvorsitzende und landesvorstand mehrheitlich gegen sonderparteitag

Von Rico Gebhardt, Landes- und Fraktionsvorsitzender

den.

In seiner Beratung am 31. Mai hat nun der Landesvorstand über Verlauf und Ergebnisse der Regionalkonferenzen diskutiert. Zuvor hatte ich auf einer Beratung mit den Kreisvorsitzenden und den Vorsitzenden der 3 großen Städte vorgeschlagen, einen Sonderparteitag zum Thema durchzuführen und drei in Frage kommende Termine im Juli genannt. Eine sehr deutliche Mehrheit der Kreisvorsitzenden lehnte einen Sonderparteitag jedoch ab. Die engagierten Debatten in den Konferenzen hätten deutlich gezeigt, dass zwar ebendiese Debatten in einer pluralen, meinungsfreudigen Partei notwendig sind, aber nicht notwendigerweise dazu führen, dass am Ende (auf einem Sonderparteitag) ein einheitliches oder zumindest klares Ergebnis entstünde, so die Begründung. Der Landesvorstand schloss sich diesem ablehnenden Votum nach intensiver Debatte mehrheitlich an.

Die Landtagsabgeordneten der LINKEN befinden sich nun in dem schwierigen Abwägungsprozess zur Beantwortung der Frage, ob ein vernünftiger Kompromiss erreicht wurde, zu dem auch Zustimmung möglich ist – oder eben gerade nicht. In solch einer Situation rufen nun ehemalige Spitzenpolitiker der LINKEN/PDS, wie Regina Schulz (langjährige Vizepräsidentin des Landtags) und Prof. Dr. Peter Porsch (langjähriger Landes- und Fraktionsvorsitzender) dazu auf, die Abgeordneten mögen nur nach ihrem Gewissen und nicht nach parteipolitischen Vorgaben entscheiden.

Im Mai fanden in Dresden, Zwickau, Chemnitz, Leipzig und Bautzen Regionalkonferenzen der LINKEN statt, an denen insgesamt über 450 Genossinnen und Genossen teilnahmen und fair miteinander diskutierten. Diese Konferenzen waren einberufen worden um dem großen Diskussionsbedarf zur anstehenden Änderung der Sächsischen Verfassung Rechnung zu tragen. Nicht nur die Mitglieder unserer Partei, sondern auch externe Gäste waren eingeladen. Antje Hermenau, Fraktionsvorsitzende von



Rico Gebhardt am 5. März zur Demo in Chemnitz

(Bündnis90/Die Grünen) war in Bautzen zu Gast, Markus Schlimbach (stellv. Vors. DGB Sachsen und Mitglied des Landesvorstandes der SPD-Sachsen) hat in Dresden, Chemnitz und Leipzig teilgenommen, der Geschäftsführer des Sächsischen Landkreistag André Jacob war in Chemnitz und Leipzig und der stellv. Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetages Ralf Leimkühler hat in Dresden und Zwickau mitdiskutiert.

Währenddessen, am 8. Mai, fand im Sächsischen Landtag im Rahmen einer Sondersitzung die erste Debatte zum Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung statt. Am 5. Juni soll die erste Anhörung zum Gesetzesentwurf im Sächsischen Landtag erfolgen. Danach geht's weiter durch die Ausschüsse und noch vor der Sommerpause soll der Gesetzesentwurf abschließend im Plenum beraten wer-

mdl jana pinka im ortsverband flöha zu gast

von Hans-Jürgen Kühn,
Vorsitzender des Ortsverbandes
Flöha

Nach zwei Jahren hatten sich der Ortsverband DIE LINKE - Region Flöha - wieder einmal die Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka eingeladen. Vor ca. 30 Mitgliedern wurde über den Landesentwicklungsplan und seine Auswirkungen auf die Kommunen, sowie über aktuelle Themen diskutiert. Jana legte dar, was unsere Partei in die Fortschreibung des LEP einbringen konnte, so zum Beispiel beim Thema Barrierefreiheit. Aber auch, was nicht eingearbeitet wurde. Wie zum Beispiel solche Themen wie, Zumutbare Entfernungen bei öffentlichen Einrichtungen, Bürgerbeteiligungen und noch weitere. Da Jana Pinka gerade aus Dresden von der Anhörung zur Änderung der sächsischen Verfassung kam, war dies natürlich auch ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion. Etwas ernüchtert von der Anhörung erläuterte Jana noch einmal ihre Position und die der Mehrheit der Fraktion bei der Zustimmung zur Mitarbeit an der Ausarbeitung zur Änderung der Verfassung. Sie legte dar das sie prinzipiell gegen eine Schuldenbremse sei, aber eine Chance gesehen hat linke Positionen in die Verfassung einzubringen wenn man über die Ausgestaltung mit diskutiert. Kritik äußerte sie daran, dass die Landespartei und Kreisvorsitzende dieses Thema nicht an die Basis gebracht haben. In der folgenden Diskussion ging es sehr kontrovers zur Sache. Das Spektrum reichte

von Ablehnung, überhaupt über die Schuldenbremse zu verhandeln, bis zur Behauptung, der Kleine Parteitag habe sich dem Befehl aus Berlin gebeugt. Jana zeigte Verständnis für die Position von Gregor Gysi in dieser Angelegenheit, zeigte aber eben auch auf, dass die Kreisvorsitzenden in der Mehrheit bei dieser Entscheidung kein Mandat der Basis als Rückenhalt hatten. Es war einfach nicht bei den Mitgliedern bekannt. In der weiteren Diskussion wurde auch die Frage aufgeworfen ob dies nicht auch die Folge der Personalunion von Landes- bzw. Fraktionsvorsitzenden sei. Freilich stand auch die Frage im Raum, ob ohne die bevorstehenden Bundestagswahlen dieses Thema die gleiche Brisanz gehabt hätte und ob der Informationsfluss zwischen Landes-, und Bundesvorstand optimal sei. Angesichts der aktuellen Hochwassersituation war dies ebenfalls ein Thema der Beratung. Jana Pinka machte aus ihrer Sicht klar das dieses Hochwasser unter Umständen auch ein neues Nachdenken in der Landespolitik, aber auch in Positionen der Partei erfordert. Vor allem auch unter den Aspekt, wie man Rückhaltemöglichkeiten schaffen kann. Sie kritisierte, dass Gewässer 1. und 2. Ordnung nicht zusammen betrachtet würden und so zwar einerseits das Hochwasser nicht über die Ufer trete, aber die Bäche im Inneren für Schäden sorgten. In der Diskussion wurde dann kritisiert, dass Einzelne entgegen von Interessen der Mehrheit den Bau von Hochwasserschutzanlagen verhiinderten. Jana Pinka zeigte zu diesem Thema auch auf, dass es durchaus auch daran liegt, dass der Bau und spätere Unterhalt der Anlagen nicht so einfach geregelt ist bzw. das es da noch Änderungsbedarf geben könnte. Insgesamt hatte uns die Diskussion mit der Landtagsabgeordneten viel Informatives vermittelt und beide Seiten profitierten vom Meinungsaustausch.



Gespräch in einer Beratungspause der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha. Rita Hillmann, Hela Greiner, MdL Jana Pinka und unser Autor Hans-Jürgen Kühn (von links).

der landkreis mittelsachsen wird am 1. august fünf jahre alt



Sabine Lauterbach, Altmittweida



Peter Krause, Roßwein



Johannes Kretzer, Freiberg

von Sabine Lauerbach

Vor nunmehr fünf Jahren wurde erfolgte die Kreisgebietsreform. Seinerzeit wurde diese gegen den Willen der Opposition (Wir) durchgeführt. Das stärkste Argument seitens der sächsischen Staatsregierung war damals die prognostizierte Kosteneinsparung. Gierig wie CDU und FDP nun mal sind, wurde diesen Versprechungen Glauben geschenkt. Damals gab es aber auch „Geschenke“. So dürfen sich einige Bürgermeister jetzt Oberbürgermeister nennen. Ach ja, und Geld gab es auch, sage und schreibe je zehn Millionen Euro für jeden zusammengelegten Landkreis. Sind wir wieder bei der Gier, der man ja so gerne erliegt. Aber Gier frisst Hirn, weiß doch jeder. Von der schön gerechneten Kostenersparnis durch Synergieeffekte spricht heute niemand mehr. Schließlich funktioniert so etwas nicht in Verwaltungsstrukturen. Auch das ist aus Studien bekannt. Größere Strukturen werden träger, schlechter handelbar, verwalten sich praktisch selbst. In unseren Landkreis wird seit dem umstrukturiert. Da ziehen Behörden von A nach B und von B nach A. Die Wege für Bürger und Personal werden länger. Aber wir dürfen nicht sagen, dass keine Kosten eingespart wurden. Das wäre ungerecht. Damals wechselten auch jede Menge Aufgaben zusammen mit dem Personal vom Land an die Landkreise. Niemand wusste seinerzeit wie viel Personal kommt, geschweige über Eingruppierungen in Gehaltsklassen. Dann kam das Personal, und alle waren erstaunt, wie

viele Mitarbeiter plötzlich da waren. Wo setzen wir diese jetzt hin und ein? Dann waren diese Mitarbeiter auch noch hoch qualifiziert, was man zumindest den Informationen entnehmen kann, die besagen, dass diese Mitarbeiter auch noch mehr kosten, als die bisherigen Mitarbeiter. Fakt ist, das Land hat sich von Aufgaben und Mitarbeitern getrennt. Somit liegt die Kostenersparnis beim Land Sachsen und nicht bei den Landkreisen. Diesen wurde mehr aufgebremmt, mehr Aufgaben und höhere Kosten. Als ich im Februar 2009 zur Fraktion stieß, war diese doch noch ein bisschen in drei Lager geteilt. Da gab es noch einige Zwistigkeiten zwischen den drei Altkreisen. Im Laufe der Legislatur wurde dies jedoch immer weniger. Die Fraktion ist zusammen gerückt. Aufgaben werden gemeinsam angegangen. Durch die geschickte Zusammensetzung unserer Mitglieder in den Ausschüssen, ist auch hier keine Region übervorteilt oder benachteiligt. Wir haben das Glück, dass aus den drei Altkreisen, sehr gute und erfahrene Mitstreiter in die Fraktion gekommen sind. Wir und auch der Kreistag zehren von deren Erfahrungen. In jedem Landkreis gab es Angelegenheiten, welche besonders gut geregelt waren. Das gab und gibt uns das Potential zu Lösungsansätzen, wenn es mal irgendwo „brennt“. Mit Stolz kann ich sagen, dass keine andere Fraktion so bürgernah ist, wie die unsere. So gehen wir beispielsweise jedes Jahr mit einigen öffentlichen Fraktionssitzungen in den Landkreis und nehmen uns hierbei Themen an, die sonst nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Wir sind zum Beispiel die einzige Fraktion, die sich

intensiv mit der Gesundheitspolitik beschäftigt hat. Und das nicht erst seit der Schiefelage des Mittweidaer Krankenhauses. Wir haben uns mit der Wirtschaftsförderung, dem Landesentwicklungsplan, der Seniorenpolitik und anderen Themen intensiv auseinander gesetzt. Sicherlich wird jetzt der ein oder andere sagen: was haben die Linken mit der Wirtschaft zu tun? Wir kämpfen für einen sicheren Wirtschaftsstandort Mittelsachsen. Denn wir wollen, das die Menschen hier einer gesicherten Zukunft entgegen sehen. Und zu dieser gehören Arbeitsplätze. Die FDP, die sich ja angeblich so sehr für die Wirtschaft einsetzt, hat dieses bisher versäumt. Aber wollen wir uns nicht nur loben, ein bisschen Selbstkritik gehört auch dazu. Manchmal sind wir in den Kreistagen zu zahm. Hier würde ich mir etwas mehr Kampfgeist wünschen. Klar legt der Landrat nicht unbeabsichtigt für uns wichtige Punkte auf die hinteren Ränge der Tagesordnung. Wenn dann der ein oder andere Kreisrat schon mit seinen Gedanken auf Abwegen ist. Hier würde ich mir wünschen, dass mal jemand aufsteht und den Damen und Herren Kreisräten einschließlich den Landrat zu mehr Fairness und Disziplin aufruft. Im Großen und Ganzen muss ich aber sagen, Hut ab vor der Arbeit einiger sehr engagierter Kreisräte. Gerade unser Fraktionsvorsitzender, Jens Stahlmann steht immer wieder unter Beschuss zu den Kreistagen. Und er meistert diese Situationen vortrefflich. Für die Fraktion, jetzt noch mal ansetzen zum Endspurt. Denn in einem Jahr haben wir Wahl und ich wünsche mir eine genauso große und starke Fraktion wie bisher.

von Peter Krause

Fünf Jahre Landkreis Mittelsachsen bedeuten für mich:
 - ein wesentlich größeres Einzugsgebiet mit längeren Fahrstrecken und größeren Zeitaufwand wie im ehemaligen Kreis Döbeln.
 - die Erkenntnis, dass jeder Kreis seine Probleme hatte, es aber gelungen ist, das möglichst Beste aus den Kreisen im neuen Kreis umzusetzen. (Entsorgung, Verkehr u.ä.)
 - einen weiteren ständigen Kampf gegen die Elternanteile bei den Schülerbeförderungskosten.
 - dass unser Parteiprogramm nicht auf alle Problemfelder sofort die einzig wahre Antwort geben kann und viele Einzelentscheidungen sofort und ohne Beratungsmöglichkeiten getroffen werden müssen.
 - dass Eine schlechte Nachrichten völlig unerwartet treffen können und die Tragweite im ersten Augenblick überhaupt nicht erkennbar ist (KH Mittweida).
 - dass uns die Gesetze und Vorschriften in unserer vielgepriesenen kommunalen Hoheit uns bei unseren Entscheidungen einschränken und reglementieren und zum Teil sehr wenig Gestaltungsspielräume lassen.
 - eine Papierflut an Vorlagen und Dokumenten welche im digitalen Zeitalter nicht mehr notwendig wären, wenn unsere Gesetze entsprechend geändert würden.
 - durch beständiges Drängen kleine Erfolge erzielbar sind (Kosten des Pfändungsschutzkonto KSK Döbeln).
 - Initiativen gegen Rechts kennenzulernen und durch die

fünf mitglieder der linksfraktion und sabine lauterbach sagen ihre meinung



Harald Pötzsch, Erlau/Milkau



Dieter Kunath, Leisnig



Volkmar Richter, Döbeln

Mitarbeit im Begleitausschuss gegen Rechtsextremismus finanziell und ideell unterstützen zu können.
- dass jegliche Form von absoluten Mehrheiten eine Stagnation in der gesellschaftlichen Entwicklung bedeutet.
- die Möglichkeit mich im Sinne unserer Sache engagieren zu können.

von Johannes Kretzer

Eine Erfolgsgeschichte ist das wahrlich nicht. Die Wege zur Landkreisverwaltung sind für diejenigen, die sie aufsuchen müssen, länger geworden und für die, die dort ihr Brot verdienen ebenso. Die sogenannten Synergieeffekte erbringen also die Bürger des Landkreises und die Beschäftigten der Landkreisverwaltung. Der Landkreistag für jedes Kreistagsmitglied nach wie vor unübersichtlich. Auch die Landkreisverwaltung selbst hat nicht diesen Überblick. So fehlen bis heute ein Personal-, ein Standort-, ein Verkehrs-, ein IT-Konzept. Diese Konzepte wurden von unserer Fraktion, aber auch von anderen Fraktionen immer wieder, aber erfolglos angemahnt.

Die Ablehnung der Bildung eines Sozial- und Bildungsausschusses durch die CDU- Mehrheit und Landrat ist auch kein Ruhmesblatt. Auf die Kompetenzen von ca. 50 % der Kreisräte wird verzichtet! Statt dessen gibt es hin und wieder eine Arbeitsgruppe ohne Befugnisse. Über 50 % des Landkreishaushaltes, wie in den letzten Linksworten richtig bemerkt, liegen ausschließlich in den Händen des Landrates und seines zweiten Beigeordneten.

Wo konnten wir unsere Ansichten und Lösungsvorschläge mit anderen

Kreisräten durchsetzen?
Zu mindestens bei der Bildung einer den gesamten Landkreis umfassenden ARGE/ Jobcenters.

Eine hauptberufliche Ausländerbeauftragte wurde installiert. Die Lieblingsidee des Landrates, sie auch noch zur ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten zu machen, erwies sich als Flop.

Mitglieder unserer Fraktion brachten sich aktiv bei der Bildung eines kreiseigenen Busunternehmens ein. Ebenso fand die Gestaltung der Abfallentsorgung unsere Unterstützung. Die Ausdehnung des Sozialpasses auf den gesamten Landkreis ist unserer Initiative zu verdanken. Und unsere öffentlichen Fraktionssitzungen zur Problematik Krankenhaus Mittweida waren auch nicht die schlechtesten Ideen. Wir sollten auch erwähnen, dass Mitglieder unserer Fraktion zu denjenigen zählen, die die Diskussion in den Ausschüssen und Kreistagssitzungen bestimmen.

von Harald Pötzsch

Seit dem 01.08.2008 gibt es in Sachsen nur noch 10 statt 22 Landkreise und drei statt 7 kreisfreie Städte. Die Kreisreform beinhaltete zugleich Aufgabenverlagerungen hin zu den Kreisen, während die Anzahl der Behörden um 42 reduziert wurde.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen der Sächsischen Staatsregierung den Erfolg einfach glauben! Die Staatsregierung kann den Einspareffekt auch fünf Jahre nach dem Vollzug der Kreisreform nicht beziffern. Das ist schon paradox!

Nur der Freistaat ist entlastet worden – auf Kosten der Kommunen, für die ist alles

teurer geworden.

Die Städte und Gemeinden müssen zum Beispiel eine immer höhere Kreisumlage zahlen. Die Kommunen haben immer weniger Geld zur Verfügung, müssen aber immer mehr leisten. Auch dem Landkreis geht es nicht viel besser.

Bei der Kreisgebiets- und Verwaltungsreform wurden nicht – wie immer wieder behauptet wird – die Kreise gestärkt, sondern die Landräte zu „Landesfürsten“ aufgewertet. Die Kreistage wurden bewusst nicht gestärkt. Das Ganze war ein Schuss in den Ofen; bürgerfern, zentralistisch und undemokratisch! Von Ersparnis keine Spur!

von Dieter Kunath

Was die Kreisreform betrifft, da habe ich aus einem der entlegensten Orte von Freiberg eine klare Meinung. Nichts ist wirklich besser, aber nahezu alles schlechter geworden. Die CDU hat das damals mit ihrer Mehrheit durchgesetzt, aber hinter vorgehaltener Hand jammern auch diese Kollegen!

In der Stadt Leisnig hatte es bezüglich Kreisgebietsreform mit einem fraktionsübergreifenden Brief wenigstens etwas Widerstand gegeben, aber auch das hat letztlich nicht gefruchtet.

Das Ergebnis haben wir jetzt: Bürgerferne statt Bürgernähe; Bürokratieauswüchse, statt Bürokratieabbau; Zu den Kosten liegen keinerlei verlässliche Zahlen vor, na warum wohl? – weil die Bilanz mit Sicherheit nicht positiv ausfallen würde! Das Ergebnis ist zunehmende Resignation und Politikverdrossenheit. So kann sich keine demokratische Teilhabe entwickeln, im Gegenteil!

von Volkmar Richter

Ich sehe den Zusammenschluss von Kreisen zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft bei der sich weiter reduzierenden Bevölkerungszahl als notwendig an. Ob natürlich die 3 ehemaligen Kreise Freiberg, Heinichen und Döbeln die beste Wahl hierfür sind, sollte jeder Bürger für sich entscheiden. Leider hat sich in finanzieller Hinsicht keine Verbesserung eingestellt. Die Spielräume der Kreisräte über die Finanzierung von freiwilligen Aufgaben sind weiter geschrumpft. Die Kommunen müssen noch mehr mit ihrer Kreisumlage bluten, damit der Kreis Mittelsachsen seinen Pflichtaufgaben nachkommen kann.

Auch kann uns unsere Arbeit als Kreistagsfraktion der Linken nicht befriedigen, da die Mehrheit der CDU/ RBV in Verbindung mit der FDP fast jeden unserer Anträge ablehnt. Besonders verwerflich ist dabei die Ablehnung unseres Antrages zur Reduzierung des Elternbeitrages bei der Finanzierung des Schülerverkehrs als 1. Schritt bis hin zur kompletten Entlastung der Eltern. Würden nicht immer mehr Schulen geschlossen, wären die Schulwege, die die Schüler auch zeitlich stark beanspruchen, kürzer und die Kosten hierfür viel niedriger. Wir sollten weiter alles daran setzen, unseren Antrag zur finanziellen Entlastung der Eltern durchzubringen. Dafür benötigen wir aber Verbündete im Kreistag, wie die SPD/Grüne und vielleicht auch die Freien Wähler Mittelsachsen. Auch müssen wir über unsere Landtagsfraktion versuchen, dass in den Landeshalt dafür mehr Geld eingestellt wird, damit die Kreise eine besser finanzielle Basis haben.

konzentrationslager sachsenburg - ewige mahnung vor der braunen pest in deutschland



Das nebenstehende Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Ehrenmal beim ehemaligen Konzentrationslager Sachsenburg (heute Ortsteil von Frankenberg). Dessen Schöpfer, Hanns Diettrich, ist zurzeit in Chemnitz eine Gedächtnis-Ausstellung anlässlich seines 30. Todestages gewidmet. Nach der Wende wurde es - wie viele Mahnmale an die Verbrechen des Faschismus - geschändet und als Mahnmahl infrage gestellt. Seit Jahren widmet sich die Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg e.V. (LAG Sachsenburg) im Zusammenwirken mit dem VVN-BdA und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Chemnitzer und Frankenger Genossinnen und Genossen dem Gedenken der Opfer eines der ersten und damals größten Konzentrationslager der Faschisten. Vom 31. Mai bis 02. Juni fand in Frankenberg und Sachsenburg der 4. Sachsenburger Dialog unter dem Motto „Geschichten und Geschichte - Menschen und Begebenheiten statt. In diesem Jahr stand er im Zeichen der Machtergreifung durch die Nazis in Deutschland und des berühmten 1. Lagerappells vor 80 Jahren am 2. Juni 1933.

der 4. sachsenburger dialog

kurze geschichte des kz sachsenburg

Der Sachsenburger Dialog stand wettermäßig leider unter keinem guten Stern. Die für Sonntag geplante Kranzniederlegung am Ehrenmal konnte leider nicht stattfinden, da die Wiese durch den stundenlangen Regen völlig unter Wasser gesetzt war. Die anderen Veranstaltungen konnten, wie geplant, stattfinden. Aufgrund der Wetterlage fand die Ehrung zur Erinnerung an den ersten Lagerappell des KZ Sachsenburg auf dem Friedhof der Stadt Frankenberg statt. Dort befinden sich die Grabsteine von Zwangsarbeitern, wie auch eines unbekanntes KZ-Häftlings, welche dort beigesetzt wurden. Für den Samstagabend konnten die Frankenger Genossen Ernesto Schwarz aus Frankfurt am Main gewinnen, der mit seinem Programm „Politische Lieder zur Gitarre“ auftrat. In der direkt am ehemaligen KZ gelegenen „Fischerschänke“ gab es ein Gespräch mit Herbert Mosch aus Oederan/Berlin, der über seinen Vater berichtete, der Häftling in Sachsenburg war und als Kämpfer für die Resistance fiel.



Noch bis Ende Juni ist im Rathaus von Frankenberg eine Ausstellung mit Bildern aus dem Fotoalbum des berühmten KZ-Kommandanten Koch zu sehen. Sie wird u.a. von Genossen Wolfgang Engel aus Chemnitz und Genossin Rosi Freudenberg aus Frankenberg betreut. Links das Gebäude des ehemaligen KZ.

Alle in der Skizze erfassten frühen Konzentrationslager in Sachsen existierten längstens bis August 1934. Sachsenburg bildete eine Ausnahme. Denn nach der Auflösung der größeren Lager in Colditz, Hohnstein und Zwickau und der vielen kleineren Lager existierte es als „Vorzeigeeinrichtung“ bis Sommer 1937.

Einige chronologische Etappen des letzten Konzentrationslagers Sachsens:

- Unter dem Kommando der SA wird das Lager vom 2. Mai bis zum 2. Juni 1933 aufgebaut. Vorgesehen war es für ca. 1.500 „Schutzhäftlinge“. Zunächst wurden hier Häftlinge aus den Lagern Plauke bei Flöha sowie den Polizeifängnissen Hartmannstraße und Lange Straße in Chemnitz inhaftiert. Nach einigen Tagen der Unterbringung im Schloss Sachsenburg wurden sie ab 15. Mai in die stillgelegte Spinnerei der Firma Tautenhahn verlegt.
- Vom 2. Juni 1933 bis 13. August 1933 stand das „Schutzhaftlager“ in der ehemaligen Spinnerei unter SA-Bewachung. Am 2. Juni 1933 gab es den berühmte ersten Appell im Lager quasi als dessen offizielle Eröffnung. Die SA-Etappe des KZ endet nach der Ermordung des SA-Stabschefs Röhm samt seiner Anhänger am 30. Juni 1934. („Röhm-Putsch“)
- Vom August 1934 bis Sommer 1937 stand das KZ Sachsenburg unter SS-Kommando und diente als „Musteranlage“ für den späteren Aufbau von Konzentrationslagern vom Typ Auschwitz, Sachsenhausen, Buchenwald und Treblinka. Im Februar 1935 inspiziert Heinrich Himmler in Begleitung des Gauleiters der NSDAP Martin Mutschmann mit großem Gefolge das KZ. Es wurde zum Ausbildungsobjekt für SS-Wacheinheiten. Hier verdienten sich spätere berühmte SS-Henker und sadistische Verbrecher wie Standartenführer Koch, ihre ersten Sporen. Als einzigem noch existierenden KZ in Sachsen kam ihm die Aufgabe zu, vor allem führende Vertreter von KPD und SPD, der Intelligenz und der bekennenden Kirche unter Schutzhaft zu nehmen. Einem Vorkommando von 149 Häftlingen aus Sachsenburg blieb es vorbehalten, ab Juli 1937 auf dem Ettersberg bei Weimar das Konzentrationslager Buchenwald aufzubauen. Andere Häftlinge kamen nach Sachsenhausen.

Am 8. März fand in Clara Zetkins Geburtsort Wiederau eine Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages statt. Wir dokumentieren in drei Teilen Auszüge aus der aus diesem Anlass gehaltenen Rede von Falk Neubert, Kreisvorsitzender der LINKEN Mittelsachsen. Wir schließen die Veröffentlichung mit den heutigen Auszügen zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit ab.

Für die Partei DIE LINKE ist Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Anliegen. Wir drängen darauf, Erreichtes zu erhalten und weiter auszubauen. Das betrifft insbesondere die Einführung von verbindlichen Kriterien der Gleichstellung in der Privatwirtschaft und die Bekämpfung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen von Frauen.

Es bedarf einer Aufwertung der sogenannten Frauenberufe, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, den Abbau der Diskriminierung durch Teilzeitarbeit und die partnerschaftliche Teilung von Beruf und Karriere. Zudem brauchen wir in Deutschland eine bessere Gestaltung der Arbeitszeit, um zum Beispiel auch die Pflege Angehöriger leisten zu können, eine sozial abgesicherte Reduzierung der regulären Arbeitszeit und ein geschlechtergerechtes Steuersystem.

Trotz des Modells der Männermonate – überwiegend stehen die Frauen am Herd, zulasten ihrer Chancen für Beruf und Karriere. An dieser Rollenteilung wird sich nichts ändern, wenn nicht das Ideal der Allzeit-Verfügbarkeit grundlegend in Frage gestellt wird. Es reicht nicht, wenn sich 78 Prozent der männlichen Spitzenkräfte für die Möglichkeit interessieren, flexibel zu arbeiten; sie müssen es auch tun. Den Wandel gibt es nur, wenn Männer sich auch endlich trauen, solche Angebote tatsächlich massenhaft in Anspruch zu nehmen.

Des Weiteren muss eine dem eigentlichen Bedarf entsprechende Anzahl an kostenlosen, wohnortnahen Ganztagsbetreuungsplätzen mit qualifiziertem Personal zur Verfügung stehen. Oft scheitert die Arbeitsauf-

nahme aufgrund mangelnder Kinderbetreuung, die für die Einstellung erforderlich ist. Teilzeit und Minijobs, ungeschützte Arbeitsverhältnisse für Frauen wird verstärkt durch diesen Mangel an Betreuungsplätzen. ALG II und Altersarmut für Frauen werden so vorprogrammiert.

Aber auch an anderen Stellen brauchen wir noch mehr Anstoß und mehr Tempo für Veränderungen. Trotz aller Anstrengungen in den letzten Jahren läuft zum Beispiel die Berufswahl von Mädchen und Jungen immer noch zu sehr in ausgetretenen Bahnen. Immer noch gehen Mädchen in typische Frauenberufe,

Der demographische Wandel wird immer wieder thematisiert. Fachkräfte sind in vielen Branchen ein Mangel. Unternehmen erkennen den daraus resultierenden Handlungsdruck und die Potentiale von Frauen, auf die sie nicht verzichten können. Wir sollten diese ökonomischen Zwänge und die Tatsache, dass Unternehmen erkennen, dass familien- und frauenfreundliche Arbeitszeiten und andere Maßnahmen ein Vorteil sind, als Möglichkeit nutzen, um Geschlechtergerechtigkeit gesellschaftlich voranzubringen.

Deshalb müssen wir für beste Rah-



mit weniger Ansehen und schlechterer Bezahlung. Da gilt es Mut zu machen, für mehr Eroberungswillen. Ich wünsche mir, dass die Politik, die Gesellschaft, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern junge Mädchen besser unterstützen, wenn sie sich für frauentypische Berufe interessieren. Dasselbe gilt umgekehrt auch für die Jungen.

menbedingungen streiten: Frauenquote, Frauenförderung, Hilfe für Alleinerziehende, ausgedehnte Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Gehaltsgerechtigkeit, neue Rollenbilder für Männer.

Zum Schluss möchte ich noch einen Blick über den deutschen Tellerrand hinaus werfen.

Dass Frauen die Kraft haben, die Welt zu verändern, das haben sie in den letzten 100 Jahren bewiesen. Die neue Frauenbewegung der 60-er und 70-er Jahre ist die bemerkenswerteste Revolution der letzten 50 Jahre, und sie lebt, weltweit, überall. Blicken wir beispielsweise nach Nordafrika und zu den arabischen Ländern, wo Männer und Frauen für freie Wahlen kämpfen, unter Einsatz ihres Lebens. Vertreter der ägyptischen und tunesischen Opposition haben ausdrücklich hervorgehoben, wie mutig, umsichtig und entschieden Frauen an den Demonstrationen, den Protesten, den Mahnwachen und Sitzstreiks teilgenommen haben, wie mitreißend und ermutigend ihre Rolle ist. In Tunesien wurde auch bereits eine Frauenministerin eingesetzt, die Frauenforscherin Labidi.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Aber daran können wir erkennen, dass sich Frauen weltweit aufeinander beziehen und die Errungenschaften der nationalen sowie internationalen Frauenbewegungen als Ziel ihrer politischen Bestrebungen anerkennen.

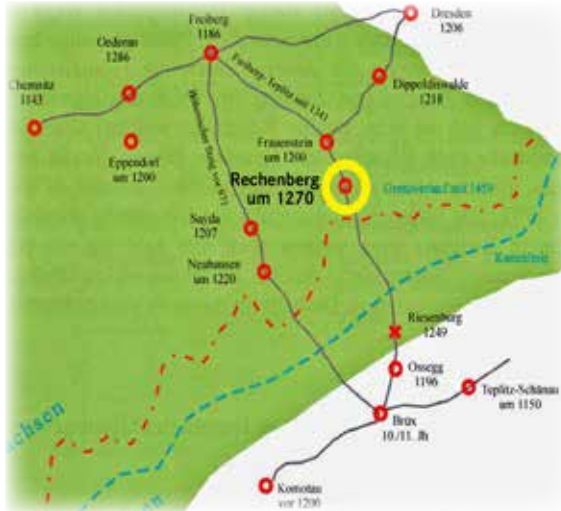
Alice Schwarzer plädierte vor ein paar Jahren für die Abschaffung des Frauentages, mit der Begründung man sollte aus diesem einem Tag im Jahr 365 Tage für Menschen machen – Frauen wie Männer. Ich bin etwas anderer Meinung. Wir sollten den Frauentag nicht abschaffen, sondern ihn in dem Bewusstsein begehen, dass immer noch Ungleichheit zwischen den Geschlechtern herrscht und dass gesellschaftliche Veränderungen auch heute noch dringend nötig sind.

Deshalb haben wir noch immer allen Grund, den Internationalen Frauentag zu feiern und ihn zu nutzen, um auf diese Missstände hinzuweisen. Nicht nur für die Frauen in der westlichen Welt sondern für alle Frauen, weltweit. Auch sie brauchen unsere Solidarität und unsere Hilfe, um Armut und Ungleichbehandlung überwinden zu können.

Feiern wir heute zum 102. Mal den Frauentag und kämpfen auch das nächste Jahr für Frauenrechte, für Gleichberechtigung und für Geschlechterdemokratie.

Denn ohne Gleichstellung der Geschlechter gibt es keinen Fortschritt!

Seit unserer April-Ausgabe beschäftigen wir uns in unserer Serie mit der Besiedlung unseres „mittelsächsischen Erzgebirges“ um Frauenstein, Sayda, Neuhausen und Rechenberg aus Richtung Böhmen, vor allem ausgehend vom Kloster Osek (Ossegg). Unser heutiger Teil ist der „jüngsten“ der vielen Schutzburgen im Grenzbereich zwischen markmeißnerischem und böhmischem Gebiet gewidmet - der Burg Rechenberg. Der Name dieser Höhenburg von einst beachtlicher Größe zum Schutz eines alten Handelsweges über den Kamm des Erzgebirges steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem böhmischen Geschlecht der Hrabischitzer. Die Hrabischitzer - zugleich königliche Burgvögte - residierten auf der Riesenburg oberhalb von Kloster Osek. In unserer Juli-Ausgabe schließen wir unsere Serie zur Besiedlung des mittelsächsischen Raums mit der Vorstellung der Burg Purschenstein in Neuhausen ab. (hw)



In mittelalterlichen Schriften werden die ältesten und wichtigsten Pässe, die aus dem alten Siedlungszentrum um Leipzig und Halle über den unwegsamen Miriquidi nach Böhmen führten, als „Alte Böhmisches Steige“ bezeichnet. Eine besondere Bedeutung kam dabei dem am niedrigsten gelegenen Erzgebirgspass von Sayda über den Sattel bei Deutscheinsiedel (ca. 770 m über NN) zu. Ein weiterer Böhmischer Steig führte über den Pass von Klostergrab (Hrob). Später führte hier die Alte Freiberg-Teplitzer Poststraße über den Kamm. Auf böhmischer Seite ging dieser

tritt in dieser Urkunde ein **Heinrich von Rechenberg** als Zeuge auf. Gemeinsam mit der Burg entstanden im Muldentag vier Mühlen. Im Jahr 1389 erwarben die Wettiner die gesamte Herrschaft Riesenburg von den Hrabischitzern. Aber erst seit 1459 - damals wurde im Vertrag von Eger der im wesentlichen der bis heute gültige Grenzverlauf zwischen dem Königreich Böhmen und dem Kurfürstentum Sachsen besiegelt - gehört Rechenberg endgültig zu Sachsen. Die ursprüngliche hölzerne Burg mit Wällen und einem Grabensystem war Stammsitz der Familie von Rechenberg. Im 14. Jahrhundert und 1571 fanden schlossartige



Ein markanter Felsen erhebt sich inmitten der heutigen Gemeinde Rechenberg-Bienenmühle. Auf und östlich von ihm befanden sich einst Teile der alten, ausgedehnten Höhenburg Rechenberg, Unten rechts ist der Felsen mit Resten der alten Burganlage hinter dem Rathaus zu erkennen. Oben rechts - mit dem Rechen als Symbol des böhmischen Geschlechts der Hrabischitzer („Rechenleute auf dem Berge“) - eine Computer-Animation der Burgteile auf dem westlichsten Fels. Unten links eine historisierende Darstellung der Burgruine Rechenberg auf einem Kupferstich aus dem Ende des 18. Jahrhunderts. Das Original befindet sich im Kupferstichkabinett in Dresden. Oben in der Mitte eine der Broschüre zum Glasmachersteig Osterzgebirge entnommene Skizze zur Besiedlung des Osterzgebirges (Rechenberg von uns hervorgehoben). Die erstmalige urkundliche Erwähnung der Burg Rechenberg erfolgte im Jahr 1270, sie dürfte aber älter sein.

alte Handelsweg an der Riesenburg und Kloster Osek vorbei nach Brüx (Most). Die Hrabischitzer hatten zwischen 1230 und 1250 die Riesenburg gegründet und errichteten zur Absicherung und Verwaltung ihres auf das Gebirge ausgeweitete Herrschaftsterritorium weitere Schlösser und Burgen: die Burg Sayda, die Burg Purschenstein und die Burg Rechenberg.

Die Burg Rechenberg diente neben den genannten Aufgaben vor allem dem Schutz und der Unterhaltung des vorüberführenden Passweges. Die ursprüngliche Wehranlage bestand aus einer dreiteiligen Holzburg mit Wällen und Grabensystem. Sie wurde 1270 urkundlich erstmals mit **Apitz de Rechenberg** erwähnt. Weiterhin

Umbauten statt. Die Ursprungsanlage der Burg mit ihren drei Kernen und einer Ausdehnung von etwa 70 mal 150 Metern kann als eine der größten mittelalterlichen Wehranlagen des Erzgebirges angesehen werden. Die kleine Steinburg auf dem westlichsten Fels - heute oftmals mit der ursprünglichen Burganlage identifiziert - entstand vermutlich erst nach Verfall des großen östlichen Anlagenteils. In diesem Bereich befindet sich heute u.a. die Brauerei mit Brauereimuseum Rechenberg-Bienenmühle).

Die ursprüngliche Burganlage Rechenberg war vom Ort durch einen mächtigen Halsgraben getrennt und vermutlich nur über eine Zugbrücke zu erreichen.

kreisvorstand aktuell

(Redaktion) Der Kreisvorstand kam am 10. Juni in der Kreisgeschäftsstelle zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Die Beratung war durch den geschäftsführenden Kreisvorstand am 3. Juni vorbereitet worden.

Im Mittelpunkt der Beratung standen folgende Schwerpunkte:

- Information zur Hochwassersituation im Landkreis Mittelsachsen. Alle 64 Gemeinden waren mehr oder weniger betroffen, teilweise zusätzlich durch das regionale Unwetter am 9. Juni. Genosse **Walter Exner** aus Rochlitz informierte über die Hilfe Leipziger Genossen bei der Beseitigung von Unwetterschäden im Rochlitzer Stadtbad.
- Auswertung der LandesvertreterInnenversammlung in Schkeuditz und Wertung des Ergebnisses für den Kreisverband Mittelsachsen der LINKEN,
- Stand der Vorbereitung des Bundesparteitages vom 14. bis zum 16. Juni in Dresden,
- Verständigung zur Aktionswoche „100 Prozent sozial - 100 Prozent vor Ort“ vom 17. bis zum 23. Juni, vor allem zu vorgesehenen Informationsständen und ähnlichen Aktivitäten im Kreisverband.
- Organisation von Rechenschafts-Flyern der Ortsverbände der LINKEN, mit denen vor den Bundestagswahlen Bilanz linker Kommunalpolitik gezogen wird. Der Kreisvorsitzende hebt den sehr gelungenen Flyer des Ortsverbandes Mittweida hervor, mit dessen Verteilung bereits begonnen wurde.
- Auswertung des Besuchs einer Delegation aus dem Partner-Verband Ulm/Alb-Donau-Kreis (Baden-Württemberg). (Informationen dazu finden unsere Leserinnen und Leser auf den Seiten -5- und -12- dieser Ausgabe).

zum schmunzeln

Jeder Mensch macht Fehler. Das Kunststück liegt darin, sie dann zu machen, wenn keiner zuschaut.

Peter Ustinov

Man wird alt, wenn die Leute anfangen zu sagen, dass man jung aussieht.

Karl Dall

Wer viel Charakter hat, hat wenig Eigentum.

John Osborne

unsere jubilare

unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !

Im monat juli 2013 wird aus diesem anlass gefeiert bei:



Erich Leiteritz	geb. am 03.07.1929,	in Rechenberg-Bienenmühle
Heinz Birkner	geb. am 03.07.1932,	in Döbeln
Herta Zimmermann	geb. am 04.07.1922,	in Leisnig
Lothar Anke	geb. am 06.07.1923,	in Augustusburg
Gerhard Gugisch	geb. am 09.07.1933,	in Waldheim
Hans-Siegfried Schubert	geb. am 09.07.1933,	in Rochlitz
Margarete Rödiger	geb. am 10.07.1943,	in Waldheim
Reinhard Kluge	geb. am 11.07.1933,	in Rechenberg-Bienenmühle
Werner Kuhnert	geb. am 12.07.1925,	in Waldheim
Stefan Möckel	geb. am 14.07.1948,	in Hainichen
Gertrud Reiher	geb. am 15.07.1926,	in Lunzenau
Detlef Wittstock	geb. am 16.07.1953,	in Hainichen
Berti Reiche	geb. am 16.07.1926,	in Rochlitz
Wolfgang Geier	geb. am 21.07.1932,	in Mittweida
Irmgard Götzelt	geb. am 22.07.1926,	in Eppendorf
Margarete Eichler	geb. am 23.07.1929,	in Mittweida
Fritz Burkhardt	geb. am 24.07.1922,	in Leisnig
Armin Krumbiegel	geb. am 24.07.1933,	in Döbeln
Annelies Anker	geb. am 25.07.1932,	in Mittweida
Fritz Lindner	geb. am 26.07.1926,	in Roßwein
Heinz Kleinstück	geb. am 29.07.1926,	in Flöha
Rolf Bobe	geb. am 30.07.1924,	in Roßwein

jahrestage 2013 - monat juli

- 4. Juli 1888:** Theodor Storm verstorben die Formel „Wandel durch Annäherung“, die zum Ausgangspunkt einer Neuorientierung in der Deutschlandpolitik wird.
- 12./13. juli 1943:** Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) in Krasnogorsk bei Moskau
- 1. Juli 1948:** Übergabe der Frankfurter Dokumente an die westdeutschen Ministerpräsidenten durch die Militärgouverneure mit der Auflage, eine verfassungsgebende Verfassung einzuberufen.
- 26. Juli 1953:** Sturm auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba.
- 27. Juli 1953:** Beendigung des Koreakrieges durch Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens.
- 11. Juli 1963:** In Tutzing vertritt Egon Bahr die Formel „Wandel durch Annäherung“, die zum Ausgangspunkt einer Neuorientierung in der Deutschlandpolitik wird.
- 28. Juli 1973:** In Berlin (Ost) beginnen die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten.
- 22. Juli 1983:** Aufhebung des Kriegsrechts in Polen.
- 1. Juli 1993:** In Bischofferode beginnen Kalikumpel mit dem Hungerstreik. Sie protestieren gegen die geplante Schließung ihres Standortes. Die PDS solidarisiert sich.
- 1. Juli 2008:** Susanne Miller (Historikerin, SPD) verstorben.

Terminübersicht

Juni 2013:

- 19.06. *Beratung der Kreistagsfraktion der LINKEN zur Vorbereitung des Kreistages*
- 25.06. 17 Uhr *Wahlplenum beim Landesvorstand Sachsen der LINKEN Dresden, Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14*
- 26.06. *Kreistag des Landkreises Mittelsachsen Freiberg, Berufliches Schulzentrum Schachtweg*

Juli 2013:

05. bis 07. 07. *3. Linke Sommerakademie in Sachsen Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V. Gut Froberg, Schönnewitz 9, 01665 Krögis / Käbschütztal*
- 08.07. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*
- 29.07. *Beginn der Wahlkampftour des sächsischen Landesvorsitzenden der LINKEN, Rico Gebhardt*
- 30.07. 17 Uhr *Wahlplenum beim Landesvorstand Sachsen der LINKEN Dresden, Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14*

„handygate“ - nächste runde!

(Redaktion) In unserer Oktoberausgabe berichteten wir von der Aufhebung der Immunität unseres Kreisvorsitzenden und Landtagsmitglieds Falk Neubert, weil er gemeinsam mit anderen gegen den Neonazi-Aufmarsch im Februar 2011 in Dresden protestiert hatte. Vor allem ging es dabei um eine in der Dresdner Südvorstadt durchgeführte flächendeckende „nichtindividualisierte Funkzellenabfrage“. Bei diesem als „Handygate“ bekannt gewordenen Datensammel-Skandal wurden hunderrtausende Datensätze aus Telefongesprächen von Demonstranten, Anwohnern, Journalisten und Rechtsanwälten erhoben und gespeichert. In diesem Zusammenhang dokumentierten wir auch die Rede, die Falk Neubert dazu im Landtag gehalten hat. Im Februar informierten wir unter der Überschrift „Die sächsischen Justiz- und Verwaltungsmühlen mahlen langsam“ darüber, dass die Justiz zu diesem Zeitpunkt noch immer mit der Aufarbeitung von „Handygate“ beschäftigt war. Erst im April hat das



Falk Neubert während einer Erklärung im Plenum des Landtages in Dresden. Nach einem ersten juristischen Erfolg hat er jetzt Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt

besuch aus dem partnerverband ulm/alb-donau-kreis der linken



Impressionen vom Besuch unserer Gäste aus Ulm auf dem Schwartenberg (oben) und in Rochlitz (unten)



Vom 7. bis zum 9. Juni besuchte eine dreiköpfige Delegation aus dem Partner-Kreisverband der LINKEN aus der Stadt Ulm und dem Alb-Donau-Kreis (Baden-Württemberg) den mittelsächsischen Kreisverband. Die Genossen **Hans Then-Diaz**, **Hans Bloching** und **Ralf Dornfried** (obiges Bild von rechts) kamen während ihrer Rundfahrt durch den Kreis auch auf das „Dach des Landkreises Mittelsachsen“, den Schwertenberg bei Neuhausen. Am Sonntagvormittag stand ein Rundgang durch die Kreisstadt Freiberg und der Besuch der „Terra Mineralia“ auf dem Programm. Die drei Genossen - die Sprecherin des Kreisverbandes, **Eva-Maria Glathe-Braun** musste ihre Teilnahme aus beruflichen Gründen leider kurzfristig absagen - informierten sich in den Ortsverbänden Flöha und Rochlitz. Auf dem unteren Bild sehen wir die „Troika“ aus Ulm und Ehingen gemeinsam mit ihren Rochlitzer Gastgebern beim Besuch der Sozialservice gGmbH der Stadt Rochlitz. (siehe zum Besuch der Delegation aus Ulm auch unseren Kurzbericht auf Seite -5- dieser Ausgabe.)

Landgericht Dresden der gegen die Entscheidung des Amtsgerichts Dresden gerichteten Beschwerde stattgegeben und die Aktion in der Dresdner Südvorstadt für rechtswidrig erklärt!

Die Beschwerde gegen eine im Februar 2011 im Bereich der Großenhainer Straße durchgeführte 48(!)-stündige Funkzellenabfrage indes wurde vom Landgericht verworfen. Diese kommt aber vor das Bundesverfassungsgericht, weil der Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach im Auftrag der LINKE-Landtagsabgeordneten Rico Gebhardt und Falk Neubert Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt hat.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren verstorbenen Genossen:

Herta Opitz aus Penig
Isolde Jezek aus Freiberg

Wir werden ihm stets unser ehrendes Gedenken bewahren.